

Resolution Nr. 21 des dbv,
angenommen von der
Mitgliederversammlung des dbv
am 12.05.1996 in Friedewald:

"Forum Ziviler Friedensdienst e.V." gegründet

Der Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv) ruft zur Unterstützung des neuen Vereins auf

Das Projekt Ziviler Friedensdienst (ZFD) muß fortgesetzt werden trotz Ablehnung der "Startphase Ziviler Friedensdienst" durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Mit Bedauern und Enttäuschung hat der dbv zur Kenntnis genommen, daß die "Startphase Ziviler Friedensdienst" vorerst keine finanzielle Unterstützung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit erhält (vgl. die dieser Resolution als Anlage beigefügte Pressemitteilung des Forum Ziviler Friedensdienst vom 01.05.96).

Der dbv nimmt dankbar zur Kenntnis, daß sich der Verein "Forum Ziviler Friedensdienst e.V." gegründet hat. Der Verein will das Konzept Ziviler Friedensdienst (ZFD) trotz aller Schwierigkeiten vorantreiben.

Der dbv tritt dem Verein "Forum Ziviler Friedensdienst e.V." als Mitglied bei. Er bittet alle Personen, Gruppen und Institutionen, die ebenfalls den Zivilen Friedensdienst unterstützen wollen, dies durch eine Mitgliedschaft im Verein „Forum Ziviler Friedensdienst e.V.“ zum Ausdruck zu bringen.

Anhang:

Pressemitteilung des Forum Ziviler Friedensdienst vom 01.05.96

"CSU-Ministerium lehnt 'Startphase Ziviler Friedensdienst' ab

- 15 Mio. DM/Jahr für Versöhnung und Zivile Konfliktbearbeitung sind BMZ zuviel -"

Anhang zu Resolution Nr. 21

Pressemitteilung Forum ZFD - Postfach 2110 - 32378 Minden

CSU-Ministerium lehnt "Startphase Ziviler Friedensdienst" ab
- 15 Mio. DM/Jahr für Versöhnung und Zivile Konfliktbearbeitung sind BMZ zuviel -

Der Einstieg in den Zivilen Friedensdienst wurde am vergangenen Freitag vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung abgelehnt. Das Konzept "Startphase Ziviler Friedensdienst - Konfliktbearbeitung und Versöhnung im ehemaligen Jugoslawien" wurde von Staatssekretär Hedrich (BMZ) als zu teuer und strukturell nicht notwendig bezeichnet. In einem Gespräch mit Bischof Huber (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg) und Vertretern des Projektes erklärte der Staatssekretär, daß aus den vorhandenen Mitteln des Ministeriums keine Gelder zur Verfügung ständen und daß zusätzliche Gelder vom Parlament in der gegenwärtigen Lage nicht zu erwarten seien. Es sei undenkbar, daß Ausbildungsmaßnahmen für Fachkräfte und Koordinationsaufgaben für das Projekt finanziert werden, allenfalls sei die Einzelförderung von zwei oder drei Projekten aus dem vorgeschlagenen Katalog möglich. Das Konzept "Startphase Ziviler Friedensdienst" ist im Januar den Fraktionen des Deutschen Bundestages von den Bischöfen Spital (Bistum Trier), Huber und zahlreichen Organisationen aus Friedensbewegung und Entwicklungshilfe vorgeschlagen worden.

Im Gespräch gab es unter den Teilnehmern in wichtigen Fragen große Übereinstimmung. Staatssekretär Hedrich beklagte ausdrücklich, daß zu oft mit riesigen Summen nachträglich Konfliktschäden aufzuarbeiten seien, statt präventiv mit weniger Geld und Aufwand diese Schäden zu vermeiden. Einig war man sich auch hinsichtlich der Qualifikation von Fachkräften eines Zivilen Friedensdienstes. Für solche Aufgaben müssen, so Hedrich, qualifizierte Menschen mit einem hohem Maß an persönlicher Lebenserfahrung und beruflichem Profil zur Verfügung stehen. Beeindruckt zeigten sich die Vertreter des BMZ von den vorgestellten Aufgabenprofilen und den Erfahrungsberichten aus der Arbeit der Friedensorganisationen im ehemaligen Jugoslawien. Auch die erstmalige Zusammenarbeit von Friedens- und Entwicklungshilfeorganisationen sei ein Gewinn und verspreche neue Impulse bei der Umsetzung eines erweiterten Entwicklungsverständnisses. Die trotz allem erfolgte Ablehnung des BMZ behindert eine Initiative, die bereits im Dezember 95 vom Forum Ziviler Friedensdienst in Zusammenarbeit mit den Bischöfen Huber und Spital und einer interfraktionellen Arbeitsgruppe des Bundestages begonnen wurde. Ziel der Gespräche, an denen H. Geißler, G. Verheugen und J. Fischer zeitweilig teilgenommen hatten, war - neben den 700 Mio. für den militärischen Einsatz - auch eine zivile deutsche Komponente zur Umsetzung von Dayton auf den Weg zu bringen, die ergänzend zur humanitären Hilfe wirken sollte. Das Projekt sah den Einsatz von bis zu 200 ausgebildeten Fachkräften für den Aufbau zivilgesellschaftlicher, demokratischer Strukturen, friedenspädagogischer Initiativen, Versöhnungsarbeit zwischen den verfeindeten Gruppen, Rückkehrerbegleitung und andere Maßnahmen vor. Alle Projekte sollten unter der Leitung von exjugoslawischen Nichtregierungsorganisationen stehen und waren auf zwei Jahre konzipiert. Dafür wären Aufwendungen von 15 Mio. DM pro Jahr, insgesamt ca. 30 Mio. DM notwendig gewesen. Dieser Betrag, im Rahmen des Bundeshaushaltes verschwinden gering, kann von den auf Spenden angewiesenen kleinen Organisationen nicht aufgebracht werden.

Das Forum Ziviler Friedensdienst bedauert die Absage des BMZ außerordentlich. Die Vorbereitungen für das Projekt waren nahezu abgeschlossen. Aus den beiden großen Kirchen und aus allen Fraktionen gibt es beträchtliche Unterstützung. Die Fraktionen des Deutschen Bundestages sind nun herausgefordert, die administrative Blockade eines Teils der CDU/CSU-Fraktion zu korrigieren und nach neuen Realisierungswegen zu suchen. Ein langfristig orientiertes, letztlich kostenminimierendes und das Ansehen Deutschlands stärkendes Projekt darf nicht gegen bessere Einsicht am fehlenden politischen Willen scheitern.

Minden, 1.5.96

viSdP: Heinz Wagner, Klosterplatz 7, 52062 Aachen, tel+fax 0241/402876 - 4180 Zeichen